

Amerikanisches Weizenmehl.

In den Wochen vom 21. 9. bis 27. 9. und vom 28. 9. bis 4. 10. 1919 können je 1/2 Pfund amerikanisches Weizenmehl auf den Kopf der versorgungsberechtigten Bevölkerung abgegeben werden. Preis für ein halbes Pfund ist 42 Pfg. Als Ausweis dienen zwecks Kontrolle die Abstände 15 und 16 der Mehlmarken (Auslaube) (S. 18), die den Behörden zugegangen sind. Die Marken sind bei der Abrechnung mit einzugeben. **Glasgow, am 21. September 1919.**

J. B. Dr. B a h l, Reg.-Ratmann.

Ausgabe der Fleischbezugs-, Reichsfleisch- sowie Mehlkarten

gegen Vorlegung der Bescheinigung im Rathungsmittelamt, Zimmer Nr. 10.

Donnerstag, den 25. September: 8-9: 1-400, 9-10: 401-800, 10-11: 801-1100, 11-12: 1101-1400, 12-1: 1401-1800, 3-4: 1801-2200, 4-5: 2201-2600, 5-6: 2601-3000

Freitag, den 26. September: 8-9: 3001-3400, 9-10: 3401-3700, 10-11: 4001-4800, 11-12: 4301-4600, 12-1: 4601-4900, 3-4: 4901-5200, 4-5: 5201-5500, 5-6: 5501-5850

Die Fleischbezugsarten sind bei Verkauf des Bezugsrechtes bei dem Fleischhändler, bei dem das Fleisch bezogen werden soll, sofort abzugeben.

Schweinefleisch, am 24. Sept. 1919 Das Nödl. Nahrungsmittelamt.

Schweinefleisch als Ersatz für Butter, je 100 g 85 Pfg. Die Ausgabe hat auf die Bescheinigung unter Aufweis der richtigen Marke zu erfolgen. 1-580, 4401-4575: Schmidt, Raitz, 1951-2600 4576-4980: Böhler, Droschke, 2601-3340, 4981-5600: Grottel, Gungl, 3341-3700, 5601-5850: Böhler, Droschke, Böhler, Böhler.

Wurstwaren, je 100 g 70 Pfg. 1-200: Rorer, Göttsch, 201-510: Müller, Rönig, Wirth, 511-795: Wirth, Wirth, 796-1065: Wirth, Wirth, 1066-1650: Wirth, Raitz, 1651-1985: Wirth, Raitz, 1986-2700: Straß, Raitz, 2701-3250: Grottel, Grottel, 3251-3700: Schmidt, Schmidt, 4001-5850: in den Geschäften des Konsum-Bereichs.

Käse, je 100 g 1/2 Pf. 701-1350, 4001-4575: Schmidt, 1351-2600, 4576 bis 4980: Wirth, 2601-3340 4981-5600: Raitz, 3341-3700, 5601-5850: Grottel.

Es sind ausgegeben: das 20. Stück des Gesetz- und Verordnungsblattes, sowie vom Reichsgesetzblatt die Nummern 140, 160-176. Die Gesetzblätter liegen 14 Tage lang im Rathungsmittelamt, am 23. September 1919.

Freibank I Oberlungwitz (Vogelgut).

Morgen **Donnerstag, den 25. d. M.**, nachm. von 3-6 Uhr Verkauf von rohem Rindfleisch, 1 Pfund 1,80 Mark für die Freibank Karten-Nr. 521-820. Fleischbezugsarten sowie Fleischmarken sind vorzulegen. **Oberlungwitz, am 24. September 1919.** Der Gemeindevorstand.

Bekanntmachung vom Arbeiterrat.

Am **Donnerstag, den 25. September, abends punkt 1/3 8 Uhr** findet im Stadionsordnenstalle eine erweiterte Arbeiterratssitzung statt. In dieser wird Herr Gewerbestandwart Müller-Gemini über das Thema: "Die neuen Bestimmungen über Arbeitszeit, Einkünfte und Entlohnung von Arbeitern und Angestellten, Arbeiter- und Angestellten-Versicherung", sprechen. An der Beratung können nur die mit Legitimation versehenen Herren der hiesigen Betriebsräte sowie die Herren Arbeitgeber teilnehmen. Es wird hierzu höflich eingeladen. **Robert Wolf, Vorsitzender.**

werden etwa 72 deutsche Internierte Heimgefahr, sowie Frauen und Familien einzelner Kriegsgefangener und Internierter, ferner etwa 20 auf Ehrenwort aus der Internierung Entlassene und etwa 35 Deutsche, denen die Einwanderung verweigert worden war.

Zusammenstöße in Saarbrücken

Zwischen Saarbrückener Bürgern und französischen Soldaten kam es an einem der letzten Abende zu einem schweren Zusammenstoß. Es gab auf beiden Seiten zahlreiche Verwundungen. Die Zivilisten zogen den flüchtigen, da französische Demobilitäre einschritten und etwa 15 deutsche Bürger wegen Angriffes auf französische Militärpersonen verhaftete.

Ein politischer Mord im Baltikum.

Aus **Mitau** wird gemeldet: Der im Nachschichtendienst des Westkorps des Grafen Keller stehende Rigauer Freiwillige Oberlehrer **Sermann**, der im politischen Leben Rigas eine große Rolle spielte, wurde bei Kameraden in einem Hinterhalt getötet und ermordet. Auf Grund der angefertigten Untersuchungen wurden bereits 28 Verdächtige verurteilt.

Verhandlungen und Beschlüsse des Fünferrates.

Der **Fünferrat** in Versailles beschloß, 60.000 Mann tschechoslowakische Truppen, die sich in Südböhmen befinden, scheinbar in ihre Heimat zurückzuführen zu lassen. Nach dem "Tempo" beschloß sich der Rat außerdem zur Frage der vorläufigen militärischen Besetzung der tschechischen Gebiete. Die eine Seite soll von französischen, die andere von interalliierten Truppen besetzt werden. Erst nach Abschluß des Friedensvertrages mit der Türkei wird über das endgültige Statut für Tyrone entschieden werden.

Zugehörigkeiten an die Deutschen Böhmen

Das Prager Staatsblatt berichtet über den Inhalt des in Paris für die tschechoslowakische Republik beschlossenen Gesetzes für den Schutz der Minderheiten. Nach diesem Gesetz erhalten die deutschen Minderheiten in der Tschecho-Slowakei volle Autonomie auf den Gebieten des Schulwesens, der kulturellen Angelegenheiten und der sozialen Fürsorge. Die Kosten hierfür werden aus Steuererträgen gedeckt, für welche die Minderheiten Steuerfreiheit erhalten. Die Schulautonomie gilt sowohl für Volksschulen, wie für Mittel- und Hochschulen. Vor Bericht ist die deutsche Sprache in den von deutschen Minderheiten bewohnten Gebieten der tschechischen Sprache vollkommen gleichberechtigt. Den Minderheiten wird ein Beschwerderecht an einen internationalen Gerichtshof eingeräumt, dem zugleich die Exekutive seiner Beschlüsse zugeht. Das diesbezügliche Gesetz dürfte demnächst der Nationalversammlung zugehen.

Bestürzung in Italien.

Die unerwartete Vertagung der italienischen Kammer und die Einberufung des Kronrates haben in Italien Bestürzung und zahlreiche Gerüchte hervorgerufen, die einerseits die Finanze und die Antwort Wilsons betreffen, andererseits mit Meinungsverschiedenheiten zwischen Rittis und Tittoni und Gerüchten einer Kabinettkrise zusammenhängen. "Epoca" erklärt, die Einberufung des Kronrates habe ihren Grund darin, daß sich die Regierung des Heeres und der Flotte nicht mehr sicher fühle. "Serolo" hält diese Version für unglaubwürdig.

Ergänzend wird noch aus Rom berichtet: Die gesamte italienische Presse steht unter dem Eindruck der Einberufung des Kronrates und der Vertagung der Kammer bis zum 27. September. Als Beweis für die Schwierigkeit der Lage wird daran erinnert, daß selbst bei der Kriegserklärung an Österreich-Ungarn die damalige Regierung von einer so außerordentlichen, verfassungswidrigen Maßnahme abgesehen hat. Die Gegner Rittis betonen, daß die Einberufung des Kronrates einen Versuch des Ministeriums bedeutet, sich der Verantwortlichkeit anzunehmen, die unterirdischen inneren und äußeren Lage des Landes zu entsorgen. Tittoni wird eine Darstellung der Lage geben und Unterstützung für die jetzt eingeschlagene Politik fordern. Die "Corriere della Sera" meldet, hatte er auf die rasche Zustimmung Wilsons zu den von Frankreich und England getroffenen Abmachungen über Trümmern gehofft. Statt dessen hält sich Wilson in Schwelgen und überläßt es Italien, selbst eine Lösung des Problems zu finden.

Amerikas Kampf um den Friedensvertrag.

Der Washingtoner Berichterstatter des "Echo de Paris" meldet, daß kommende Woche in amerikanischen Senat eine erste Abstimmung über den Friedensvertrag erfolgen werde, und zwar über den Zusatzantrag, welcher verlangt, daß die Berechtigten Staaten im Völkerbund die gleiche Stimmengewicht erhalten sollen, wie das britische Völkerbund. Der Berichterstatter teilt auch mit, daß General Pershing im Begriff stehe, zu erklären, daß er gegen den Völkerbund sei, und daß, wenn er diese Erklärung abgibt, er ein ernstes Kandidat für die Präsidentschaft werden könne. Auch unter den aus Frankreich zurückgekehrten Soldaten gibt es Stimmen, welche sich gegen die Ratifizierung des Friedensvertrages aussprechen. Nach einer Meinung des "New York Courier" aus Washington hat Senator Borah in einem Pressegespräch erklärt, daß die tschechischen Bankfirmen eines Fonds von mehreren Millionen Dollars zusammenbrachten, um den Senat zur Ratifizierung des Friedensvertrages ohne Änderungen zu zwingen.

Wer ist schuldig geworden?

In seinen Kriegserinnerungen sieht sich General Ludendorff wiederholt zu der schmerzlichen Feststellung gezwungen, daß die deutsche Diplomatie der österreichischen nicht gewachsen gewesen sei. Ludendorff stützt sich dabei insbesondere auf die Erfahrungen, die er nach dem 13. August 1918 gemacht hat, dem Tage, an dem er dem Auswärtigen Amte die militärische Lage geschildert hat, damit womöglich mit neutraler Unterfrüfung energische Schritte zum Frieden zu kommen, unternommen würden. Graf Burian wollte damals von einer neutralen Vermittlung nichts wissen und die deutschen Diplomaten waren nicht energisch genug, ihn von der Verfolgung seiner eigenen Pläne abzuhalten. Diese Pläne haben sich als nicht erwiesen, die Kosten für diese Arbeit und auch für die Energiekosten unseres Auswärtigen Amtes wurden uns schließlich im Barzahlungszustand vom 10. November angedreht. Das ist nur ein Beispiel aus der jüngsten Zeit, ein kleiner Ausschnitt aus dem großen Komplex der diplomatischen Arbeit während der letzten fünf Jahre. Und doch läßt er uns zum Verständnis der jetzt von österreichischer Seite bekannt gegebenen Tatsachen über die Entstehung des Weltkrieges. Sie sind ungeheuerlich, sie müßten als geradezu ungläublich bezeichnet werden, wären sie nicht allzu häufig vorgekommen. Jetzt erst wissen wir, wie wir zum Krieg gekommen sind, jetzt erst ist die Schuldfrage gelöst. Als Ergebnis kann festgestellt werden: eine unerhörte Leichtfertigkeit der Wiener Diplomatie und eine schuldvolle Schwäche der Berliner Regierung, die nicht zu ihrem Verstand, sondern von Wien getrieben wurde.

Eine kurze Rekapitulation der Vorgänge vom Juli 1914. Der berühmte Vörsdamer Kronrat vom 5. Juli, in dem nach den Behauptungen des Verbandes der Krieg beschloßen worden sein soll, ist Sache. In Vörsdam hat kein Kronrat stattgefunden, wohl aber am 7. Juli in Wien ein Kabinettsrat, von dem die Welt bisher keine Kenntnis hatte. In dieser Beratung traten Graf Berchtold als Minister des Reichens, der österreichische Ministerpräsident Graf Stürgkh und der gemeinsame Kriegsminister Krobatin für einen Krieg gegen Serbien ein. Mein Graf Tisza, der ungarische Ministerpräsident, wandte sich dagegen. Das Ergebnis, das aus unter tatkräftiger Mitwirkung des Polen Bilinski, des gemeinsamen Finanzministers, zustande kam, wurde in folgendem Beschluß niedergelegt: "Ein diplomatischer Erfolg, auch wenn er mit einer effektiven Demütigung Serbiens endigen würde, wäre wertlos. Daher müßten solche weitgehenden Forderungen gestellt werden, die eine Ablehnung voraussetzen ließen, damit eine radikale Lösung im Wege militärischen Eingreifens angebahnt würde."

In Berlin hatte man davon keine Ahnung, in Berlin kannte man auch das Ultimatum an Serbien nicht. Der Staatssekretär des Auswärtigen, v. Jagow, hatte zwar auf Befehl gegeben, daß Herr v. Tschirch, unser Botschafter in Wien, auch vertraulich unterrichtet worden, aber erst am 21. Juli spät abends, so daß der Kurier erst am 23. Juli, dem Tage der Ueberreichung des Ultimatus, in Berlin sein konnte. Trotzdem Jagow sich wiederholt in Wien gegen das selbstherrliche Vorgehen in dieser Angelegenheit, die doch nun einmal europäische Bedeutung gewonnen hatte, gewandt hatte, glaube er, das Vorgehen der Wiener Regierung in einer Unterredung mit dem italienischen Botschafter am 25. Juli vertheidigen zu sollen. Aus solch verstandener "Müßiggang", wie wir annehmen müssen. Selbstredend aber hat diese Vertheidigung dazu beigetragen, die Behauptung, Deutschland sei an der Abfassung des Ultimatus an Serbien beteiligt gewesen, zu jagen. Man hatte in Berlin nicht den Mut der eigenen Ueberzeugung, nicht die Kraft zu selbständiger Tat, und ist deshalb schuldig geworden. Nicht so, wie es die Feinde behaupten, nicht durch irgend eine Tat, sondern durch die Energielosigkeit, die unser Auswärtiges Amt, trotz richtiger Erkenntnis und bestem Willen, daran hinderte, den Bundesgenossen von seinem verhängnisvollen Beginnen abzuhalten. Das tritt im folgenden noch deutlicher hervor.

Wie Wien es unterlassen hatte, den Bundesgenossen von dem Ultimatum in Kenntnis zu setzen, bevor es abgehandelt wurde, so hat auch die Berliner Regierung die serbische Antwort zuerst durch den serbischen Geschäftsträger erfahren, d. h., längst nicht rechtzeitig genug, um in Wien einen bestimmten Einfluß auf die Haltung der dortigen Regierung ausüben zu können. Hinzu kam, daß die Dinge kompliziert wurden durch die Altersschwäche des u. l. Botschafters in Berlin, des Graien Szögennyi. Daß er seiner Aufgabe nicht gewachsen war, deutet schon Jagow in seinem Buche über die Entstehung des Krieges an. Daß ihm in einem Augenblick, wo nach Graen Szögennyi jede Minute das Schicksal der Welt bedeutete, Fehler unterlaufen konnten, wie es tatsächlich der Fall war, ist schließlich ein Verhängnis. Man denke, am 27. Juli übermittelt Szögennyi einen englischen, von Deutschland unterfrühten Vorschlag, der nach Szögennyis völlig falscher Auffassung Milderungen im Ultimatum an Serbien bezweckte. Das war aber schon vier Tage zuvor, nämlich am 23. Juli, überreicht worden! Inzwischen hat es sich dabei um einen Konferenzvorschlag Graens vom 26. Juli gehandelt, der auf diese Weise natürlich ins Verhängnis geriet. Szögennyi hat sich auch geirrt, als er seiner Regierung erklärte, Deutschland würde sich gegen jede Intervention verschließen. Das

gerade Gegenteil war richtig, wie aus einer Erklärung Tschirchys an den Grafen Berchtold hervorgeht, an deren Schluß es heißt: "Wir können die Rolle des Vermittlers nicht abweisen und müssen den englischen Vorschlag dem Wiener Kabinet zur Erwägung unterbreiten." In Wien hat man aber nichts erwogen. Berchtold steuerte vielmehr in gerader Linie auf den Krieg zu. Das beweist seine Haltung gegenüber dem letzten englischen Vorschlag vom 29. Juli. Darin wurde eine Konferenz Englands, Deutschlands, Frankreichs und Italiens empfohlen, zugleich Österreich das Recht zugestanden, Belgrad und einen Teil Serbiens zu besetzen. Die russische Mobilisierung sollte gestoppt werden. Auch diese Note hat Graf Szögennyi nicht richtig weitergegeben. Er telegraphierte, es sollte in Verhandlungen mit Serbien eingetreten werden, während es, wie der Botschafter dann auch zwei Stunden darnach berichtete, Verhandlungen mit den "Mächten" heißen mußte. Das hatte übrigens Graf Berchtold auch erlirnt. Er dachte aber nicht daran, auf diese von England gebotene Brücke der Verständigung zu treten, trotzdem der deutsche Vertreter in Wien angewiesen wurde, der u. l. Regierung "dringlich und nachdrücklich" anheim zu stellen, die Vermittlung Englands unter den gegebenen ehrenvollen Bedingungen anzunehmen. Der Vorschlag blieb liegen, wurde von Berchtold inhaltlich überhaupt nicht und formell erst am 1. August beantwortet. Da war es aber zu spät.

Am Laufe des 30. und 31. Juli hatte die englische Botschaft in Berlin wiederholt nach der Antwort aus Wien gefragt, die deutsche Regierung hat wiederholt in Wien angefragt, aber keinen Bescheid bekommen. Natürlich hat man in England nicht glauben können, daß die Berliner Diplomaten ihren Wiener Kollegen gegenüber so völlig abhängig und unweil waren. Man nahm an — und so geht es in der Politik immer — bösen Willen Deutschlands an, wo es sich nur um Schwäche, um Unfähigkeit gehandelt hat. Die Dinge waren anders gelaufen, wenn im Berliner Auswärtigen Amt auch nur ein Mann gewesen wäre, der eine Spur Bismardischen Geistes in sich gehabt, der sich daran erinnert hätte, daß das Bündnis nach der Idee eines Schöpfers nun und nimmer dazu dienen sollte, die habsburgische Weltanpolitik zu bedecken. In diesem Zusammenhang ist ein Wort von den Knochen des pommerischen Grenadiers, die dafür zu schade seien, gefallen. Berchtold hat sich die deutsche Politik nicht mit aller Macht und unter Aufgebot aller ihr zu Gebote stehenden Mittel, sogar einer Drohung der Aufständigung des Bündnisses, dafür eingesezt, daß der englische Vorschlag beantwortet würde, und zwar rechtzeitig? Das ist eine Frage, die sich nur beantworten läßt mit dem Hinweis auf die lallam bekannte Lenientahmheit der Behmännischen Regierung überhaupt. Im übrigen ist es nicht uninteressant, daran zu erinnern, daß in jenen Julitagen 1914 ausgerechnet die "Rheinisch-Westfälische Zeitung" davon gewarnt hat, sich allzu tief mit Österreich einzulassen, und daß es logenante "alldesche" Kreise gewesen sind, die es der Behmännischen Regierung als schwerste Schuld anrechneten, unter den gegebenen Umständen einen Krieg anzugehen zu haen.

Von allem aber abgesehen, muß die Frage aufgeworfen werden, weshalb das österreichische Rotbuch erst jetzt herauskommt, nachdem der Friede unterzeichnet ist, muß auch gefragt werden, weshalb die deutschen Minderheiten, die doch einsehendes Material über die subjektive Unschuld der alten deutschen Regierung enthalten müssen, nicht schon vor einem halben Jahre, d. h. vor Verfall des, geöffnet worden sind; muß endlich auch gefragt werden, wie die deutsche Regierung dazu kommt fünf Jahre lang Schweigen vor der Welt die scheinbare Schuld am Kriege zu tragen und fünf Jahre lang sich, wie ja auch Ludendorff feststellte, von der Wiener Diplomatie führen zu lassen. All das müssen wir Antwort bekommen. Dabei verkenne wir keineswegs, daß, so belästigt die Dokumente für die österreichischen Staatsmänner von 1914 auch sein mögen, Wien nicht alleinige Schuld am Kriege trägt. Er war schon lange zuvor beschloßen in jenen russischen Kronrat vom Januar 1914, in dem Salomonow die Kanarie blies. Er hatte keine tiefsten Wurzeln in Englands Sak gegen Deutschland, in Frankreichs Nachsicht und Amerikas Dollarpolitik. Das soll man nicht vergessen. Man soll auch nach der Veröffentlichung des Wiener Rotbuchs die Tatsache nicht übersehen, daß England nichts getan hat, um auf Rußland mächtig einzuwirken, daß es die Petersburger Regierung schon frühzeitig der britischen Unterstützung versicherte und schon 1906 ein militärisches Abkommen mit Belgien schloß, das 1911 durch die bekannte Grey-Cambonische Verständigung erweitert wurde. Im Hinblick des österreichischen Rotbuchs betrachtet, liefern diese früheren Zusammenhänge den lüthelosen Beweis für den absoluten Friedenenswillen der deutschen Regierung. Unter Verhängnis, ein Verhängnis, wie es die Weltgeschichte fürchterlicher nicht kennt, war es, daß Puppen in der Regierung saßen, und nicht Männer, die den Mut hatten, ihrem Willen unter allen Umständen Geltung zu verschaffen. So sind wir in den Krieg hineingelockt. Es beweist den ganzen Tiefstand der politischen Bildung der Deutschen, daß gerade die Männer, die heute die Regierung ausüben, den Schild über das System Bethmann gehalten haben, und bis zum heutigen Tag im Auswärtigen Amt eine Aenderung nicht durchzuführen vermochten.